

HAMBURGER FORUM

für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V.



Hiroshima-Tag 2010

Hiroshima und Nagasaki mahnen!

Kundgebung

Samstag 7. August 2010

12.00 Uhr

Ida-Ehre-Platz

Mönckebergstraße



Kinder aus Hiroshima fliehen vor dem Inferno

Ein Hiroshima-Platz in Hamburg

Viele Städte in aller Welt haben Plätze und Straßen nach Hiroshima benannt – zum Gedenken an die Atombombenopfer und als Warnung vor den atomaren Gefahren. Hamburg sollte diesem Beispiel folgen. Deshalb hat das Hamburger Forum dem Senat in einer Eingabe vorgeschlagen, den Platz zwischen dem *Kriegerdenkmal* und dem *Antikriegsdenkmal* des Bildhauers Alfred Hrdlicka am Dammtordamm *Hiroshima-Platz* zu nennen. Dies wurde von einem Staatsrat der Kulturbehörde ohne Befassung des Senats mit der Begründung abgelehnt, das entspräche nicht den Senatsrichtlinien zur Benennung von Straßen und Plätzen in Hamburg. Jetzt haben wir uns erneut an den Senat gewandt und gefordert, er möge sich selbst mit dieser Angelegenheit befassen und unserem Vorschlag zustimmen. Gleichzeitig haben wir eine Unterschriftenkampagne gestartet und bitten alle Hamburgerinnen und Hamburger, unseren Vorschlag mit ihrer Unterschrift zu unterstützen.

Unsere Zukunft – atomwaffenfrei!

Am 6. August 1945 warf die US-Luftwaffe die erste Atombombe auf Hiroshima. Eine Druck- und Hitzewelle bisher unbekanntes Ausmaßes verwandelte die Stadt in ein Inferno. Drei Tage später folgte der zweite Atombombenabwurf auf Nagasaki. Die Angriffe kosteten mehr als 200.000 Menschen das Leben, über 100.000 erlitten grausame Verletzungen. Unbekannt blieb die Zahl derer, die seitdem qualvoll an den Folgen der radioaktiven Strahlung starben. Entgegen einer immer wieder verbreiteten Ansicht waren diese Einsätze für die Verkürzung des Krieges nicht erforderlich. Japans Kapitulation stand unmittelbar bevor. Die USA wollten die neuen Bomben testen und der Welt ihre militärische Macht demonstrieren. Damit gaben sie das Signal zum Beginn des Kalten Krieges. Ein jahrzehntelanges, weltweites atomares Wettrüsten folgte.

1970 trat der Atomwaffensperrvertrag in Kraft. Er verpflichtet die atomwaffenbesitzenden Vertragsstaaten zu umfassender Abrüstung und die übrigen zum Verzicht auf Entwicklung und Erwerb von Atomwaffen. Inzwischen gibt es acht oder neun Atomkräfte: Die fünf *offiziellen*: USA, Russland, Großbritannien, Frankreich und China, die Vertragsstaaten sind, vier *neue*: Indien, Pakistan und Israel, die dem Atomwaffensperrvertrag nicht beigetreten sind, und Nordkorea, das den Vertrag gekündigt hat und auf dem Weg zur Atomkraft ist. Obwohl die USA und Russland quantitativ abgerüstet haben, gibt es weltweit immer noch über 22.000 Atomsprengkörper – mehr als genug, um die gesamte Menschheit auszulöschen. Obwohl der Internationale Gerichtshof in Den Haag bereits 1996 festgestellt hat, dass die Drohung mit Atomwaffen völkerrechtswidrig ist, sehen

die Militärdoktrinen der Atomkräfte den Einsatz dieser Massenvernichtungswaffen immer noch vor. Das Beispiel der *neuen* Atomkräfte belegt: Immer mehr Staaten streben nach Atomwaffen. Dabei können sie sich zunutze machen, dass zivile und militärische Nutzung Siamesische Zwillinge sind. Das Know How und die Anlagen der zivilen Nutzung öffnen den Weg zur Atombombe. Etwa 40 Staaten verfügen heute schon über die technologischen Voraussetzungen dazu.

Im April letzten Jahres hat US-Präsident Obama in Prag seine Vision einer atomwaffenfreien Welt verkündet und damit Hoffnungen auf atomare Abrüstung geweckt. Im April dieses Jahres unterzeichnete er einen neuen Vertrag über die Reduzierung strategischer Waffen (START) mit Russland, der die Obergrenze der von jeder Seite stationierten atomaren Sprengköpfe auf 1.550 und die

der strategischen Trägersysteme auf 800 begrenzt. Das sind deutlich weniger als bisher vereinbart war, aber nur etwas weniger als die tatsächlich stationierten. Da die nicht stationierten Waffen nicht vernichtet werden müssen, verfügen die beiden Staaten immer noch über mehr als 20.000 Sprengköpfe.

Damit werden die Vertragsstaaten ihrer Abrüstungsverpflichtung aus dem Atomwaffensperrvertrag in keiner Weise gerecht!

Im Mai dieses Jahres tagte in New York die Überprüfungskonferenz zum Atomwaffensperrvertrag, die alle fünf Jahre stattfindet. Einen richtigen Durchbruch hat sie nicht gebracht. Die *offiziellen* Atommächte weigerten sich, der Forderung der Mehrheit der übrigen 184 Vertragsstaaten zu folgen und konkrete Schritte zur Erfüllung ihrer Abrüstungsverpflichtung festzulegen. Ebenso abgelehnt haben sie, die Weiterentwicklung ihrer Atomwaffenarsenale zu beenden, kein militärisch nutzbares Spaltmaterial mehr herzustellen und ihre Vorräte unter internationale Kontrolle zu stellen. Umgekehrt scheiterte dann auch das Anliegen der drei westlichen Atommächte nach stärkeren Maßnahmen zur Überwachung der Nichtverbreitung von Atomwaffen. Hiermit wurde deutlich: Nur wenn die Atommächte zu wirklicher Abrüstung bereit sind, kann auch die Weiterverbreitung von Atomwaffen verhindert werden.

Dazu müssen die Nichtatomwaffenstaaten und die internationale Friedensbewegung den Druck auf die Atommächte verstärken! Dazu muss auch die Bundesregierung beitragen!

Positiv war, dass die seit Jahren von Nichtregierungsorganisationen geforderte Aufnahme von Verhandlungen über eine Nuklearwaffenkonvention zum weltweiten Verbot von Atomwaffen vom UN-Generalsekretär und der überwiegenden Mehrheit der Nichtatomwaffenstaaten unterstützt wurde. Die drei westlichen Atommächte und Russland haben allerdings verhindert, dass dieses in die Abschlusserklärung der Konferenz aufgenommen wurde.

Auch hier ist weiterer internationaler Druck dringend erforderlich!

Die Nuklearwaffenkonvention

soll ein völkerrechtlicher Vertrag werden zur vollständigen weltweiten Abrüstung von Kernwaffen mit dem Verbot von Entwicklung, Test, Herstellung, Lagerung, Weitergabe, Einsatz und dessen Androhung. 1996 erstellten IALANA und INESAP (www.inesap.org) einen Modellentwurf eines Vertragstextes, den Costa Rica 1997 als offizielles UNO-Dokument einreichte. Es sieht fünf Schritte vor, mit denen in 15 Jahren die vollständige und unumkehrbare Zerstörung aller Kernwaffen erreicht werden soll. Inzwischen unterstützen 118 Staaten die Nuklearwaffenkonvention (www.wikipedia.org).

Noch immer sind 160 bis 200 *taktische* US-Atombomben in Europa stationiert, 10 bis 20 davon auf deutschem Boden, bei Büchel in der Eifel. Noch immer beteiligt sich die Bundesrepublik an der atomaren Einsatzplanung der NATO und trainieren Bundeswehrpiloten mit Tornado-Jagdbombern den Abwurf dieser Bomben. Deren Einsatz würde Tod und Leid über unermesslich viele Menschen bringen und unvorstellbare Zerstörungen anrichten. Er wäre ein Bruch des Atomwaffensperrvertrags, in dem Deutschland auf die Verfügung über Atomwaffen verzichtet hat.

Im April hat sich der Deutsche Bundestag in einer Resolution für eine Welt ohne Atomwaffen ausgesprochen und konkrete Schritte gefordert, darunter den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland. Der Versuch von Außenminister Westerwelle, diesen Abzug bei der NATO-Außenministerkonferenz in Tallin durchzubringen, ist gescheitert. US-Außenministerin Clinton hat deutlich gemacht: „Solange Nuklearwaffen existieren, wird die NATO eine nukleare Allianz bleiben.“ und die Frage des Abzugs der Atomwaffen aus Europa an ein Abkommen über taktische Atomwaffen mit Russland geknüpft. Damit ist die Abrüs-

tung auf diesem Gebiet erstmal blockiert, denn Russland hat klar gemacht, dass es nur über diese Waffen verhandeln will, wenn die USA – wie Russland schon jetzt – diese Waffen nicht mehr auf fremden Territorium stationieren.

Wenn Bundestag und Bundesregierung ernsthaft einen Beitrag zur atomaren Abrüstung leisten wollen, müssen sie jetzt die Beteiligung an der NATO-Atomwaffenpolitik aufgeben und den sofortigen Abzug der US-Atombomben aus Deutschland fordern!

Mayors for Peace

Die Organisation *Mayors for Peace* – Bürgermeister für den Frieden – wurde 1982 vom Bürgermeister von Hiroshima gegründet. In ihr sind inzwischen über 3.900 Städte aus mehr als 140 Ländern vertreten, darunter über 354 aus Deutschland. Ausgehend von dem Gedanken, dass Bürgermeisterinnen und Bürgermeister für das Leben ihrer Bürgerinnen und Bürger verantwortlich sind, setzen sie sich gemeinsam für die Stärkung des Atomwaffensperrvertrages und ein vollständiges Atomwaffenverbot ein. Immer wieder drängen sie die Regierungen der Welt zu einer solchen Politik, insbesondere durch ihr Auftreten bei den Überprüfungskonferenzen zum Atomwaffensperrvertrag. 2003 haben sie eine Kampagne für eine atomwaffenfreie Welt bis 2020 gestartet.

Jahrelang hat das Hamburger Forum den Beitritt Hamburgs zu den *Mayors for Peace* gefordert. Vor zwei Jahren hat der schwarz-grüne Senat endlich beschlossen, Mitglied zu werden, allerdings ohne bisher nennenswerte Aktivitäten dafür zu entwickeln. Deshalb fordern wir vom Senat, endlich zusammen mit den *Mayors for Peace* für die atomare Abrüstung aktiv zu werden.

Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz!

Wer ist das Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V.?

Wir kommen aus Friedensinitiativen, Gewerkschaften, Parteien und Kirchen oder sind Einzelpersonen, die am Frieden Interessierte zu gemeinsamem Handeln zusammenführen wollen. Wir veranstalten in Hamburg die Ostermärsche und die Antikriegsdemonstrationen zum 1. September und haben zu Demonstrationen gegen die Kriege gegen Jugoslawien, Afghanistan und den Irak aufgerufen. Weitere Informationen finden sich im Internet.

www.hamburger-forum.org